Ich komme zum Schluß, wir stehen nach wie vor vor weiteren Herausforderungen für Anpassung, Modernisierung und wirtschaftlichen Wandel. Dies wird nur gesellschaftlich und politisch gelingen, und damit letzten Endes auch ökonomisch, wenn der Wandlungsprozeß nicht zu einem eiskalten Gegeneinander, zu einem Kampf bis aufs Messer führt, sondern, wenn wirtschaftlicher Wandel begleitet ist von Solidarität, von Miteinander innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft, innerhalb Deutschlands insgesamt. Ich glaube, daß wir sehr bald auch feststellen werden, daß der Wandlungsprozeß, die Herausforderung von Modernisierung in Ostdeutschland wie in Westdeutschland, ganz ähnliche Probleme stellen wird, und daß auch die gesellschaftliche Vereinigung in diesem Sinne voranschreiten wird.

Wir haben bewußt für dieses Abschlußpodium den Damen und Herren, die hier als Referenten eingeladen worden sind, keine Vorgaben gemacht, sondern wir haben sie gebeten, aus ihrer Sicht darzustellen, wo sie die Probleme sehen, wo sie auch die Chancen sehen, und was sie für die nächsten Jahre für besonders dringlich halten.

Ich begrüße als erste Frau Rosemarie Keller, die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Bezirk Süd-Ost aus Chemnitz. Ich begrüße ganz zu meiner linken Herrn Professor Maier von der Universität Bayreuth. Ich begrüße Herrn Dr. Lubk vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Herr Dr. Schmachtenberg vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg hat sich verspätet, wir hoffen, daß er in Bälde zu uns stoßen wird, und ich begrüße Herrn Professor Schmidt, den Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida. Ich möchte Sie bitten, Frau Keller, als erste das Wort zu nehmen.

Rosemarie Keller: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin vorgestellt worden als die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil Bekleidung im Bezirk Süd-Ost. Wenn ich mich hier so umschaue, dann komme ich mir im Prinzip so vor, wie in einer Gewerkschaftsversammlung, wo nämlich allenthalben an allen Ecken und in allen Räumen geschimpft wird, aber wenn es ans Verändern geht, sieht man halt weniger Leute. Vielleicht liegt das auch daran, daß wir viel zu viel über die Probleme diskutieren, sie zerreden, anstatt aus der Diskussion heraus, konkrete Wege aufzuzeigen, wie die Situation zu ändern ist.

Seit Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sind nunmehr sechs Jahre vergangen, und in diesen sechs Jahren ist ein riesengroßes Stück Arbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie Ostdeutschlands und innerhalb der Gewerkschaften geleistet worden. Um diese Arbeit aber richtig einordnen zu können, muß man wissen, daß in der Textil- und Bekleidungsindustrie der Privatisierungs- und Reprivatisierungsprozeß in einem tiefgreifenden und dynamischen Strukturwandel eingebettet war. Der Freistaat Sachsen, der Freistaat Thüringen und das Land Brandenburg mit ihren ehemals stark von der Textil- und Bekleidungsindustrie geprägten Regionen sind besonders typische Beispiele der schmerzhaften Anpassung.

Ich darf hier noch einmal die Zahlen nennen. Insgesamt wurden innerhalb von fünf Jahren 92 % der ehemaligen Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet. Von ehemals rund 330.000 Beschäftigten sind Ende 1996 gerade mal 21.600 Arbeitnehmer in 330 Klein- und Mittelständischen Unternehmen übriggeblieben. Über 300.000 Arbeitnehmer, von denen fast 80 % Frauen waren, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Kollaps in der Textil- und Bekleidungsindustrie waren sicher viele Gründe, von denen ich nur einige wenige hier noch einmal nennen möchte, die allerdings für Kettenwirkung gesorgt haben.

Mit der Währungsunion brach der Ostmarkt völlig zusammen. Hier vor allem der Markt der RGW-Länder, ein Warenaustausch im Konsumgüterbereich war de facto nicht mehr möglich, und durch die nahezu vollständige Hinwendung der einheimischen Bevölkerung zu Produkten aus alten Bundesländern und Westeuropa ging der Binnenmarkt ebenfalls in die Brüche. Vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war der westeuropäische Markt ein Eldorado für den Handel von Ostprodukten zu extrem niedrigen Preisen. Mit den nunmehr in DM zu rechnenden Kosten und daraus resultierenden höheren Preisen wollten die früheren Hauptabnehmer unsere Produkte nicht mehr nehmen. Das Billigimage, das unseren Waren ungerechtfertigter Weise anhing, bewirkte ein übriges. Ich denke, es wäre zu einfach, alle derzeitigen Probleme in der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesländer den Folgen der SED-Diktatur zuzuschreiben. Transformationsprozeß kann nur als demokratischer Prozeß fungieren.

Die Treuhandpolitik stülpte allerdings Maßnahmen über, Sozialpartner wurden zwar gehört, aber ihre Meinung kaum beachtet. Der nach unserer Meinung schwerwiegendste politische Fehler, auf den wir als Gewerkschaften von Anfang an aufmerksam machten, und dessen Auswirkungen heute noch nach sechs Jahren deutlich sichtbar sind, war die Festlegung der Treuhandpolitik, die Betriebe unsaniert zu privatisieren. Die Betriebe unserer Branchen waren in Folge des hohen Verschleißes nicht mehr wettbewerbsfähig. Die privatisierten Betriebe wurden unsaniert auf den Markt entlassen. Dieser entscheidende Wettbewerbsnachteil brachte nach anderen Widrigkeiten nach längerem oder kürzerem Kampf, das Ende für viele Unternehmen und bringt es heute noch. Viel zu oft erhielten darüber hinaus spekulierende Käufer, die nicht an der Produktion, sondern an den Immobilien interessiert waren, den Zuschlag. Potentielle Käufer aus den neuen Bundesländern wurden dagegen auf Herz und Nieren geprüft, viel umfangreicher als westliche Interessenten auf ihre Fähigkeiten und vor allem auf ihre Kreditwürdigkeit geprüft. Ich habe an anderer Stelle einmal gesagt, ein westdeutscher Investor braucht nur in eine Bank zu gehen und „Grüß Gott“ zu sagen, und da hat er im Prinzip schon den Kredit halb in der Tasche.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die Weiterführung von Betrieben waren die oft ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Und trotz des sozialen Dialoges, der fast ausschließlich von den Gewerkschaften ausging, aber